

## Call for Papers

### Ad-hoc-Gruppe auf dem DGS-Kongress 2018 in Göttingen

## (Ent-)Demokratisierung der Betriebe. Bestände und Herausforderungen

---

*Organisation: Markus Hertwig und Oliver Thünken\**

Die deutsche Wirtschaftsordnung zeichnet sich durch einen im internationalen Vergleich einmaligen Bestand an substantiellen und formalen Regulierungen aus, die eine Beteiligung von abhängig Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen erlauben. Demokratische Teilhaberechte spannen sich auf von der Ebene des Betriebes (Betriebsrat) und des Unternehmens (Gesamt- und Konzernbetriebsrat, Aufsichtsrat) bis hinauf auf die transnationale Ebene (Europäische/Welt-Betriebsräte). Außerhalb von Unternehmen erlauben Gewerkschaften oder Verbände eine Beteiligung an der Aushandlung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Die Herausforderungen, denen die Institutionen des Erwerbssystems unterliegen, sind mit der Globalisierung, Finanzialisierung und der jüngeren Digitalisierung gewachsen. Insgesamt lässt sich erkennen, dass etablierte und tradierte Institutionen wie z.B. Gewerkschaften von vielen Seiten unter Druck geraten. Im selben Zuge stehen die alltäglichen Praktiken der Beteiligung und Chancen auf Interessenartikulation und damit auch die demokratische Qualität der Wirtschaftsordnung in Frage. Diese Herausforderungen stehen im Zentrum der Ad-hoc-Gruppe.

Das Themenfeld ermöglicht zum einen Anknüpfungspunkte an die „klassische“ industriesoziologische Debatte um betriebliche Herrschaft und industrielle Demokratie (vgl. Kotthoff 1994; Müller-Jentsch 2017), aber auch an Konzepte der Wirtschaftsdemokratie, mit denen die Grenzen der Demokratisierung unter privatwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen thematisiert werden können. Zum anderen adressiert es aktuelle Entwicklungen. So häufen sich in vielen Ländern Berichte über Strategien von Unternehmen, die gesetzlich verbriefte Beteiligungsrechte von Beschäftigten außer Kraft zu setzen oder zumindest zu beschneiden – z.B. als „Union Busting“ (USA, UK), Einschränkung des Streikrechts (Griechenland) oder im Rahmen umfassenderer Arbeitsmarktreflexionen (Frankreich). Die Ad-hoc-Gruppe thematisiert aktuelle globale Entwicklungen, die auf lokaler Ebene sehr konkrete Auswirkungen auf die Integration von Individuen und Gruppen (abhängig Beschäftigte) und letztlich auf die demokratische Qualität von Gesellschaften und sozialen Teilsystemen wie das Wirtschaftssystem haben.

Ziel der Ad-hoc-Gruppe ist es, Beiträge zusammenzubringen und zu diskutieren, die sich aus verschiedenen Perspektiven und anhand unterschiedlicher Themenfelder mit Fragestellungen von betrieblicher Demokratie, Wirtschaftsdemokratie sowie Tendenzen und Herausforderungen befassen, die Akteure und Institutionen betrieblicher Demokratie unter Druck setzen. Dabei sind sowohl konzeptuelle als auch empirische Beiträge erwünscht, die – als beispielhafte Auswahl – die folgenden Themenfelder behandeln können.

- Bestandsaufnahmen zur aktuellen Situation der Demokratie im Betrieb
- „Union Busting“ und Anti-Gewerkschaftsstrategien, die durch Unternehmen, Verbände oder politische Akteure getragen werden
- Unterlaufen der Aufsichtsratsmitbestimmung
- Umgehen tariflicher oder sonstiger arbeitsrechtlicher Regulierungen
- Diskursive Strategien einer offenen oder subtilen Ent-Demokratisierung, die jenseits der politischen Systeme auch weitere gesellschaftliche Bereiche tangiert

---

\* Technische Universität Chemnitz, Professur Soziologie mit Schwerpunkt Arbeit und Organisation

- Eingeschränkte Mitbestimmung und Repräsentationsdefizite gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Folge von gespaltenen Arbeitsmärkten und Prekarisierung
- Veränderte Repräsentationsbeziehungen in der kollektiven Interessenvertretung durch Beteiligung der Beschäftigten (z.B. im Rahmen von Organizing oder bedingungsgebundener Tarifarbeit)
- Folgen von Outsourcing oder Leiharbeit für die kollektive Vertretung durch Betriebsräte
- (Historische) Entwicklungen und Formen der Demokratisierung, soziale Konflikte und Aushandlungsprozesse (z.B. um die Gestaltung der Institutionen der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung, wie z.B. in der Phase der Spätindustrialisierung, der Weimarer Republik oder der Gründung der BRD).

**Vorschläge für Beiträge sollten aus einem Abstract (in deutscher oder englischer Sprache) von maximal zwei Seiten bestehen. Die Abstracts sollen bis zum 27.04.2018 in elektronischer Form als PDF- oder Word-Datei an die Organisatoren der Ad-hoc-Gruppe gesendet werden. Eine Benachrichtigung erfolgt bis Ende April.**

[oliver.thuenken@soziologie.tu-chemnitz.de](mailto:oliver.thuenken@soziologie.tu-chemnitz.de)

[markus.hertwig@soziologie.tu-chemnitz.de](mailto:markus.hertwig@soziologie.tu-chemnitz.de)